Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 9. Freitag den 12. Januar. 1849.

Inland.

Berlin, den 11. Januar. Se. Excellenz der Staats-Minister Camphausen, ist von Frankfurt a. M. hier angekommen. — Ihre Durchlauchten der Fürst Karl und der Erbprinz von Leiningen, ist nach Köln abgereist.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Das Königliche Oberkommando der Truppen in den Marken hat mittelst Verfügung vom gestrigen Tage nachbenannte Blätter:

1) Die Lokomotive (Redaktion von Held, Druck und Verlag von Ferdinand Reichardt und Comp., Neue Friedrichsstr. Nr. 24.),
2) Kladderadatsch (unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung A. Hoffmann und Comp., Druck von J. Draeger),
3) Das Pommern-Vereinsblatt (Redakteur Dr. Spiekermann, Kommissions-Verlag und Druck von E. Lindow, Neue Schönhauser Straße No. 12.)

in Berlin und im Umkreise von zwei Meilen für die Dauer des Belagerungszustandes verboten. Nach derselben Verfügung sollen Verkaufslokale, in welchen diese Blätter dem Verbot zuwider zum Zweck der Verbreitung gehalten werden, geschlossen werden, und jede andere Verbreitung hat sofortige Arrestation zur Folge.

Das betheiligte Publikum wird von dieser Verfügung des Königlichen Oberkommando's hiermit in Kenntniß gesetzt.

Berlin, den 9. Jan. 1849. Königliches Polizei-Präsidium. von Hinckeldey.

Schildberg, den 9. Januar. Das neue Jahr hat, wie überall so auch hier, in den Städten und im ganzen Kreise eine bedeutende Regsamkeit für die bevorstehenden Wahlen hervorgerufen, und wenn immerhin die hiesige Gegend in dem Verrufe von Preußisch-Sibirien steht, so können wir, dem entgegen, nur berichten, daß doch wohl ein gemeinsames, höheres Interesse, über dem Alltagsmarkte, auch in den niedern Volksschichten allmälig Platz zu greifen beginnt, wenn namentlich die Anregung hierzu von Leuten ausgeht, die sich einer allgemeinen Zuneigung Seitens beider Nationalitäten erfreuen. Dergleichen Männer, sofern sie auch sonst befähigt sind, wären für uns sicherlich die geeignetsten für die Kammern und es wäre zu wünschen, daß nicht nur in unserm Kreise, sondern in dem ganzen zu reorganisirenden Theile der Provinz und vielleicht auch noch etwas über die Demarcationslinie hinaus, die Wahlen in solchem Sinne ausfallen möchten. — Freilich dürften wir dabei auf eine freundliche Mitwirkung und Zustimmung der gebildeten Polen nicht sehr rechnen: sie wollen von einer Versöhnung, um Hand in Hand den höheren Interessen nachzustreben, Nichts wissen, sie kennen nur ihre Liga-bestrebungen und hoffen nur von revolutionairen Mitteln und Wegen die Erfüllung ihrer besonderen Wünsche und Hoffnungen. — Aber darum bleibt uns anders, im gemäßigten Sinne Denkenden unbenommen, durch geistige Mittel eine Einwirkung auf die Massen des Volkes zu versuchen, und es dürfte wohl nicht unmöglich sein, hier und da erfreuliche Resultate zu erzielen; — besonders wenn man dazu rechnet, daß der Adel sein Ansehen beim Volke so gut wie ganz verloren hat und auch der Geistlichkeit nicht mehr wie früher blindlings geglaubt wird. — Von solchen Gesichtspunkten aus wird eine politische Gesellschaft hiesigen Ortes durch ein Plakat in deutscher und polnischer Sprache auf die Urwähler und Wahlmänner der beiden zur Wahl zusammentretenden Kreise Adelnau und Schildberg dahin zu wirken suchen, daß die Wahl auf Männer falle, welche dem Staate zugethan sind und gegen die Krone und das Königthum keine feindliche Absicht hegen, — auf Männer, welche die Constitution, die der König dem Lande gegeben hat, dankbar annehmen, doch aber für eine weitere Ausbildung derselben sorgen und sie zu einer Wahrheit machen wollen, auf Männer, welche ohne ausschweifende Theorieen, Freunde des Volkes und seiner Interessen sind und das Vertrauen aller Klassen besitzen, — Männer, welche sich durch ein vielseitiges und an Erfahrungen reiches Leben die nothwendige Einsicht und Charakterfestigkeit verschafft haben, um bei der Berathung der neuen Gemeinde- und Ablösungsordnung und der andern noch nöthigen organischen Gesetze nicht allein eine liberale Gesinnung, sondern auch eine unerschütterliche Achtung des Rechts und der Freiheit dazulegen, — Männer, welche gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Stände im Auge haben, eine gleichmäßige Vertheilung der Abgaben nach Besitz und Einkommen verlangen, gegen jede Immunität auftreten und, ohne das Gute, Nützliche und Schöne zu befehden, die Grundsätze einer weisen Sparsamkeit im Staatshaushalte und in der Provinzial-Kreis- und Communal-Verwaltung geltend machen, auf zeitgemäße Einrichtungen in Kirche und Schule halten und die Bildung des Volkes durch alle mögliche Mittel zu erreichen, zu erweitern und zu verbessern trachten, — endlich und vor Allem auf Männer, welche den Frieden und die Versöhnung zwischen den Polen und den Deutschen bringen, die Interessen beider Nationalitäten unparteiisch wahrnehmen, für unsere Provinz und unsere Kreise eine freundliche Anhänglichkeit haben und Alles thun wollen, was dem Interesse derselben nur irgendwie erspießlich ist, — Männer ohne allen politischen Fanatismus, dem Könige, dem Staate und der Constitution ergeben.

Ohne den geehrten Urwählern und Wahlmännern anderer, in ihren Verhältnissen und Zuständen aber mit den hiesigen übereinstimmender Kreise, ein Wahlprogramm vorschreiben zu wollen, wünschen wir doch, im Interesse des ganzen Landes, unsern Andeutungen für die herannahenden Wahlen ein geneigtes Ohr; da nur von Männern in dem angeführten Sinne die Wege bireitet werden können, welche zur Wohlfahrt des Volkes und Verbeerlichung unseres geliebten Staates und Vaterlandes mit Sicherheit führen.

Berlin, den 10. Jan. Man erwartet noch bis zum 15ten den Erlaß eines Strafgesetzes für die Presse und die Ausübung des Versammlungsrechts. Mit Eintritt der Rechtskraft dieses Gesetzes soll dann auch der Belagerungszustand aufgehoben werden.

— Das Verbrechen des Assessor Streber, welches seine gestrige Verhaftung hier zur Folge gehabt hat, besteht, sicherem Vernehmen nach, darin, daß er, in seiner früheren Stellung als Gerichts-Commissar des Land- und Stadtgerichts zu Swinemünde, von mehreren Parteien Kostenvorschüsse, zum Theil von bedeutendem Betrage, erhoben und nicht zur Kasse abgeführt hat. Das Land- und Stadtgericht in Swinemünde hat deshalb wegen Unterschlagung von Kassengeldern die Criminal-Untersuchung gegen ihn eingeleitet und seine Verhaftung und Transportirung nach Swinemünde angeordnet. Streber war schon im Sommer v. J. zum Advokaten in Greifswald ernannt, hat aber seine dortige Stellung niemals angetreten, es vielmehr vorgezogen, hier in Berlin sich bei den radikalen Wühlereien zu betheiligen. Seine jetzige Haftnahme wird ihm sehr ungelegen kommen.

— Vorgestern stand zur Vernehmung der Beamten der National-Versammlung über verschiedene Vorgänge aus der Zeit nach dem 9. November auf dem Kammergericht ein Termin an. Die Beamten erschienen jedoch nicht. Es scheint hiernach, als halte man das vorhandene, in der Notorität beruhende Material zur Begründung einer Anklage nicht für ausreichend, und als beabsichtige man dasselbe aus den neben den in die Oeffentlichkeit gelangten Akten etwa vorgekommenen Privatäußerungen und Handlungen der Deputirten zu ergänzen.

— In mehreren Programmen einzelner Wahlbezirke findet sich übereinstimmend die Forderung: „Der zukünftigen Verfassung die Bestimmung hinzuzufügen, daß jeder Thronfolger nur kraft der Verfassung und nachdem er sie beschworen, in den Besitz der Krone gelange." Ein Rückblick auf die Thronbesteigung des Königs von Hannover — heißt es im Programm des 14. Bezirks — giebt den Beweis für die Nothwendigkeit dieses Grundsatzes. Den Harkort-Mensebach'schen Flugblättern, den Seld'schen Bauernbriefen u. s. w. begegnet ein Blatt des Assessors Bergenroth („Was hat der Landmann bei den bevorstehenden Wahlen zu thun?"). Er stellt den Harkortschen Berechnungen über die Unkosten der März-Revolution die auffallendsten Posten aus dem Bericht der Finanz-Commission der National-Versammlung gegenüber. Trotz aller dieser Rührigkeit der beiden Haupt-Fraktionen ist der Ausgang der Wahlen hier in Berlin doch überaus zweifelhaft. Von jeder Seite geschieht natürlich das Mögliche, um sich den Sieg zu sichern.

— Die Comité-Mitglieder des Auswanderungsvereins nach Australien, Mücke und Schomburgk, sind von ihrer Reise nach Hamburg zurückgekehrt. Sie haben von dortigen Rhedern bereits das Segelschiff „Prinzeß Luise" für 160 Auswanderer zur Fahrt nach Adelaide, dem Hauptorte Süd-Australiens, gemiethet. Am 3. April soll die Einschiffung dieser Auswanderer in Hamburg erfolgen. Dem Vernehmen nach, gehen bereits in diesen Tagen gegen 6000 Deutsche Auswanderer von London nach West-Australien. Außerdem werden in Hamburg viele Schiffe ausgerüstet, welche dazu bestimmt sind, im Frühjahr Deutsche Auswanderer nach Australien überzuführen.

— Es ist hinlänglich bekannt, daß sich zahlungsunfähige Schuldner vom Personalarreste dadurch befreien können, wenn sie einen Grundbesitz nachweisen. Dieser Bestimmung ist formell von schlechten Subjekten zum Nachtheile ihrer Gläubiger oft in der Weise genügt worden, daß dieselben eine elende Spelunke für wenige Thaler erstanden, oder ein Stück Land kauften, und dadurch vom Personalarrest befreit wurden. Ehe die Subhastation eingeleitet und der Verkauf dieses Grundstücks erfolgt war, hatten sie sich bereits einen neuen ähnlichen Grundbesitz verschafft. Kürzlich hatte ein solcher Schuldner der Exekutions-Kommission, welche auf Antrag des Gläubigers Personal-Arrest gegen denselben verfügt hatte, ein Dokument über ein $\frac{1}{15}$ Antheil an einer Strecke unbebauten Landes an dem Oranienburger Thore eingereicht, und suchte aus dem Grunde Befreiung von der persönlichen Haft nach. Die Exekutions-Kommission soll in diesem Falle den Grundsatz ausgesprochen haben, daß ein derartiger Besitz nicht die gedachte Befreiung nach sich zöge, sondern daß nur bebauter Grund und Boden als Grundbesitz im eigentlichen Sinne des Gesetzes zu betrachten sei. Es wird auch diese Bestimmung umgangen werden, da ein Stall ebenso wie ein großes prächtiges Haus, für ein Gebäude zu erachten ist. (Nat. Z.)

— In der Sitzung des Appellations-Senats des Kammergerichts (Abtheilung für Kapital-Verbrechen) ist am 5. die Sache des Putzhändlers Bloch verhandelt worden. Angeklagt der vorsätzlichen Brandstiftung des Hannemannschen Hauses, in erster Instanz von der Anklage entbunden, hatte Bloch, weil er nicht völlig freigesprochen, das Rechtsmittel der Berufung eingelegt. Der erste Richter hatte die Vertheidigungs-Zeugen nicht vernommen, der zweite dagegen Beweis über die Behauptung erhoben, daß der dem Angeklagten durch das Feuer verursachte Schaden fast um das Doppelte den Betrag der Feuerversicherungssumme übersteige. Dieser Beweis ist günstig ausgefallen. Obwohl daher der Staatsanwalt, Assessor v. Bärensprung, die Aufrechterhaltung des ersten Urtels beantragte, so hat dennoch der Gerichtshof die Gründe des Vertheidigers, Advokat-Anwalt Volkmar, für so gewichtig erachtet, daß er das erste Urtel abgeändert und das Nichtschuldig ausgesprochen hat. Es ist — heißt es in den Gründen des zweiten Urtels — nichts ermittelt, was zu der Annahme berechtige, daß Bloch Veranlassung gehabt, das Feuer anzulegen, wohl aber das gerade Gegentheil anzunehmen. Dieser Prozeß möchte wiederum beweisen, wie trügerisch in Criminalsachen die Stimme des Gerüchts ist. Alle diejenigen, welche den Verhandlungen beigewohnt, und die einfachen, aber den festen Glauben an die Unschuld seines Clienten verrathenden Worte des Vertheidigers gehört, haben die Sitzung mit der Ueberzeugung verlassen, daß der Ausspruch des Nichtschuldig ein vollkommen begründeter war, eine Ueberzeugung, die auch nicht verfehlte, sich in Worten auszusprechen.

Halle, den 7. Januar. Mit dem 1. Januar d. J. haben wir hier noch eine neue Hallische Zeitung erhalten, die als Organ des Preußen-Vereins für konstitutionelles Königthum angesehen werden kann und von dem Dr. jur. Tiemann redigirt wird. An der Spitze des Unternehmens steht der Professor Eiselen, der seinen Beruf als Lehrer der theoretischen Staatswirthschaften durch ein praktisches Eingreifen in unsere städtischen Angelegenheiten seit den Märzereignissen auf das Schönste bethätigt hat.

Münster, den 3. Januar. Der Ober-Landesgerichts-Direktor Temme hat, wie bereits gemeldet, beim Justiz-Ministerium gegen seine Verhaftung Protest eingelegt. Das Ober-Landesgericht in Paderborn ist jetzt angewiesen worden, die Gesetzmäßigkeit der Verhaftung zu prüfen, und falls die Untersuchung ihren Fortgang behalten müsse, mit Ausschluß des Kriminal-Senats und des zweiten Senats des Oberlandes-Gerichts zu Münster das Urtheil zu sprechen. Die Untersuchung selbst soll das Stadtgericht in Münster führen. Was gegen Temme vorliegt, ist noch immer nicht vollständig bekannt. Die Kölner Zeitung schreibt aus Münster, daß lediglich der bekannte, von 180 Mitgliedern der Linken unterzeichnete Aufruf an das Land wegen der Steuerverweigerung, welchen Temme mit unterzeichnet, der Grund seiner Anklage ist.

Schleswig, den 5. Januar. Nach ziemlich sicheren Nachrichten waren die Dänischen Truppen auf Alsen größtentheils mit ihrer Einschiffung beschäftigt; man weiß nicht, ob in Folge einer Note aus London, oder aus Vorsicht bei dem zunehmenden Froste, welcher die Verproviantirung einer bedeutenden Macht auf Alsen leicht unmöglich machen könne. — In Folge der Nachricht, daß der Friede mit Dänemark auf Grund der scheinbaren Selbstständigkeit Schleswigs, also der Trennung von Holstein, geschlossen werden soll, ward hier eine allgemeine Bürgerversammlung gehalten, und eine Adresse an das Deutsche Reichs-Ministerium gegen ein solches Projekt beschlossen.

Kiel, den 5. Januar. Das Erkenntniß gegen die bei den Kieler Militairunruhen gravirten Soldaten vom 5. Bataillon wurde heute in der Frühstunde publizirt. Von den 11 Betheiligten sind 10 mit Zuchthausstrafe belegt, darunter 3 mit 8jähriger, 6 mit 6jähriger, und einer mit 3jähriger Festungsstrafe.

Aus Holstein, im Januar. Es steht zur Zeit ernstlich die Ausführung eines riesigen Unternehmens, die Verbindung der Ost- und Nordsee von Kiel aus bis zur Mündung der Elbe, in Frage. Ohne eine solche Verbindung beider Meere, unabhängig von den in der Gewalt der Fremden befindlichen Wasserstraßen, dem Sund und den beiden Belten, ist der Gedanke an eine Deutsche Seemacht ein leerer Traum. In richtiger Erkenntniß dessen hatte die Centralgewalt bereits vor einigen Monaten den Oesterreichischen Abgeordneten Hauptmann Möring hierher gesandt, um an Ort und Stelle die nöthigen Informationen einzuziehen, und dieser hat sich seines Auftrages mit außerordentlichem Eifer und Geschick entledigt. Bekanntlich besteht schon seit länger als 60 Jahren, an der Grenze von Schleswig und Holstein sich hinziehend, ein Kanal, der den Kieler Hafen mit der Eider und dadurch die Ostsee mit der Nordsee verbindet. Der Kommissar der Centralgewalt entscheidet sich indeß gegen die Benutzung dieser schon vorhandenen Straße, die ohnehin nur Schiffen von geringerem Tiefgange die Fahrt gestattet, einmal, weil sie möglicherweise die Grenze und die unbeschützte Grenze Deutschlands bilden, dann aber auch, weil bei dem constanten Zuge der Meeresströmung an der ganzen Westküste von Schleswig sich kein guter Hafen schaffen lassen würde, Rücksichten, die natürlich gegen jede andere noch nördlicher liegende Linie in erhöhtem Maße zur Geltung kommen. Dagegen bringt er die Linie von Kiel, dem ersten Hafen Europas, wenn nicht der Welt, bis Brunsbüttel, an der nördlichen Elbmündung, mit Kuxhaven an der südlichen Mündung in Vorschlag, und zwar nicht einen Kanal mit Schleusen, sondern einen einfachen Durchstrich, ganz auf unbedingt Deutschem Boden, und eben durch die Eiderlinie mit dem alten Kanale, die Festung Rendsburg in der Fronte, gegen jeden Angriff geschützt. Die vorläufigen Vermessungen haben bereits ergeben, daß die Terrainschwierigkeiten durch ein ganz ebenes und nirgends bedeutend über der Meeresfläche liegendes Land sich als

sehr gering darstellen, und der Vorschlag, die Arbeiten durch die Tausende von Reichstruppen ausführen zu lassen, welche voraussichtlich im Frühjahr in den Herzogthümern sich sammeln, empfiehlt sich außerordentlich. Kiel ist, wie gesagt, vielleicht der erste Hafen der Welt; hat Deutschland dann, in diesen Hafen mündend, eine Position à cheval der Elbe — und nach den aufgestellten Berechnungen würde sich in Kuxhaven mit einem Aufwand von 5 Millionen Thalern ein befestigter Kriegshafen ersten Ranges herstellen — dann kann es zu jeder Zeit über seine ganze Macht in der Ost- und Nordsee verfügen. (D. Z.)

Oldenburg, den 3. Januar. Der hiesige Volksverein hat in Folge einer Afforderung des Centralvereins von Cassel einstimmig die Erklärung erlassen, daß er es zum Heile von Deutschland für nothwendig erachte, die Reichsgewalt an Preußen zu übertragen. Er hat zugleich mit Hinweisung auf den bekannten Beschluß der Braunschweigischen Stände, den hiesigen Landtag aufgefordert, sich in gleichem Sinne auszusprechen. Unser Land hat von jeher, trotz einer ziemlich allgemeinen Antipathie gegen die Person des Königs von Preußen, das Gefühl gehabt, daß nur unter Preußens Hegemonie Deutschland einig und groß werden könne. Es wird überall mit Schmerz empfunden, daß unser Fürst in diesem Augenblicke schweigt. Es wäre jetzt wieder ein Moment, durch offenen, freien Anschluß an die größte ganz Deutsche Macht ein großes Beispiel zu geben. (W. Z.)

Schwerin, den 8. Januar. Die Abgeordnetenkammer nahm in der gestrigen Sitzung den Antrag des Appellationsgerichtsraths Ackermann und Genossen an, der dahin lautete: In Erwägung, 1) daß das Deutsche Volk schon seit einer Reihe von Jahren die Nothwendigkeit der inneren Einheit Deutschlands, nicht bloß einer allgemeinen geistigen, sondern auch einer besonderen politischen, erkannt hat, 2) daß das Deutsche Volk in der großen Bewegung des verflossenen Jahres sowohl den Willen als auch die Befähigung und die Macht gezeigt hat, die politische Einheit, unter Vernichtung aller sich absondernden Bestrebungen, in geschlossener Gliederung zu gestalten, 3) daß diese gegliederte Einheit für die Sicherung ihrer inneren Lebendigkeit durch eine einfache, dauernde, und kräftige Centralgewalt bedingt ist, 4) daß eine solche Centralgewalt nur in dem Oberhaupte eines nicht bloß intelligenten, sondern auch mächtigen, aus überwiegend Deutschen Bestandtheilen zusammengesetzten und die Interessen von Nord- und Süddeutschland in sich vereinigenden Staates gefunden werden kann, 2) daß daher die Krone Preußens allein geeignet erscheint, Trägerin der Deutschen Centralgewalt zu sein, stellen die Unterschriebenen den dringlichen, vor der Tagesordnung zu verhandelnden Antrag: die Versammlung wolle beschließen, der Deutschen National-Versammlung in Frankfurt eine Erklärung dahin zugehen zu lassen: die Versammlung der Abgeordneten beider Mecklenburg hieselbst anerkennen die politische Nothwendigkeit, daß die neu zu begründende Deutsche Centralgewalt an die Krone Preußens erblich übertragen werde. — Nach drei namentlichen Abstimmungen über die Dringlichkeit u. s. w. ging der Antrag mit 49 Stimmen gegen 33 durch, 12 hatten sich der Abstimmung enthalten.

Das Schreiben, welches das Reichsministerium in Bezug auf die Oesterreichische Note vom 28. December und die von dem neuen Oesterreichischen Bevollmächtigten gemachten Eröffnungen an den sogenannten Oesterreichischen Ausschuß hat gelangen lassen, lautet, wie folgt:

„Frankfurt, den 5. Januar. Der Präsident des Reichsministerraths an den Herrn Vorsitzenden des Ausschusses für Begutachtung des vom Reichsministerium in der Oesterreichischen Frage gestellten Antrags, Abgeordneten rc. Kirchgeßner.

Indem das Reichsministerium dem obengenannten Ausschusse eine Mittheilung abschriftlich zur Kenntniß bringt, welche ihm von Seiten der K. K. Oesterreichischen Regierung durch deren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zugegangen ist, findet es sich veranlaßt, diese Mittheilung mit folgenden Bemerkungen zu begleiten:

I. In dem Satze 1. des Antrags des Reichsministeriums vom 18. v. M. ist dieses von der Pflicht der Reichsgewalt ausgegangen, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland zu erhalten. Es ist also nicht von ihm in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine Bundesmacht und berechtigt sei, im Bundesverhältnisse zu verbleiben.

II. Das Deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, in soweit sie damit verträglich ist, souverain verwaltet werden. Der Charakter dieses künftigen Bundesstaates ist vorläufig in denjenigen Theilen einer Reichsverfassung vom Reich, von der Reichsgewalt, vom Reichsgerichte, vom Reichstage), deren erste Lesung stattgefunden hat, gezeichnet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die konstituirende Nationalversammlung bei der zweiten Lesung solche Veränderungen beschließen werde, die den Charakter des künftigen Bundesstaates wesentlich ändern.

III. Dem so in Aussicht stehenden Bundesstaate beizutreten, wird kein rein Deutscher Staat verweigern können. Was aber Oesterreich betrifft, so glaubte das Reichsministerium, und glaubt noch, daß dieses bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen werde, einnehmen müsse.

IV. Wenn auch Oesterreich früher nicht ausdrücklich erklärt hatte, in den Deutschen Bundesstaat, wie er nach den vorliegenden Beschlüssen sich gestalten würde, nicht eintreten zu wollen; und wenn es sich jetzt seine weitere Erklärung darüber vorbehält, so glaubt das Reichsministerium berechtigt zu sein, aus dem von der öffentlichen Meinung in Oesterreich sanctionirten Programme von Kremsier (27. Nov. v. J.), und aus dem Verhalten der Oesterreichischen Regierung gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und den Beschlüssen der National-Versammlung, eine solche Ansicht der Oesterreichischen Regierung, in den Deutschen Bundesstaat nicht eintreten zu können, unterstellen zu müssen. In diesem Programm heißt es nämlich: „Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein Deutsches wie ein Europäisches Bedürfniß.

Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der Oesterreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines Theiles unter einen, von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz dem Willen der Nation entsprechenden Deutschen Bundesstaat. Jetzt erklärt der neue Oesterreichische Bevollmächtigte der Centralgewalt, daß das Oesterreichische Ministerium die politische Ansicht, welche dem Programme von Kremsier zu Grunde lag, wesentlich modificirt habe. Die Regierung des Kaiserstaates hält ihre Antwort auf die, an Oesterreich durch den Deutschen Verfassungsentwurf gestellte Frage noch für frei. Diese Freiheit ihr zu bestreiten, kann nicht Sache der Reichsgewalt sein. Aber auch nach den, von dem Bevollmächtigten Oesterreichs gegebenen Erläuterungen der Note vom 28. v. M. glaubt das Reichsministerium, daß der Erfolg seine Ansicht rechtfertigen werde.

V. Das Reichsministerium ging in dem fünften Satze des Vorschlags vom 18. v. M. von der Ansicht aus, daß die Verfassung des Bundesstaates nicht Gegenstand der Unterhandlung sein könne. In der Note vom 28. v. M. wird wohl mit Rücksicht darauf bemerkt, daß die Lösung der großen Frage nur auf dem Wege der Verständigung mit den Deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Rang einnehme, zu erreichen sei.

So wenig überall der Weg der Verständigung zu vernachlässigen sein wird, wo er zum Ziele führen kann; so entschieden wird das, mit der von der konstituirenden Nationalversammlung genommenen Stellung unverträgliche allgemeine Vereinbarungsprincip, bezüglich des Verfassungswerkes, zurückgewiesen werden müssen. Die Hoffnung, wo sie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen sei, den starken Bundesstaat mit dauerhafter, einheitlicher oberster Gewalt, in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt; diese Hoffnung wird zu Schanden werden.

VI. Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. v. M. und den Erläuterungen des neuen Oesterr. Bevollmächtigten, bleibt eine Verhandlung mit der Oesterr. Regierung nothwendig, nothwendig, sowohl um das Inslebenführen der Deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nicht Deutschen Oesterreichs zu dem Gesammt-Deutschlande, oder eventuell eine Union des Gesammt-Oesterreichs zu dem übrigen Deutschlande vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt, und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reichs sich entscheidet, das zu einem großen Theile zu Deutschland gehört, und wo große Europäische Interessen ihren Mittelpunkt finden.

In welcher Form die Verhandlung geführt wird, ist an sich Nebensache. Indem das Reichsministerium die Ermächtigung nachsuchte, die gesandtschaftliche Verbindung mit dem Oesterr. Kaiserreiche anknüpfen zu dürfen, geschah dies aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommissairen von Seiten der Centralgewalt den Anspruch auf eine exekutive Gewalt begründet, welche ihr in Oesterreich geradezu abgesprochen wird.

VI. Das Reichsministerium wiederholt daher seinen in der Proposition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin, das es autorisirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Regierung des Oesterr. Kaiserreichs, Namens der Centralgewalt, über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten. gez. Gagern."

Frankfurt, den 6. Januar. Wir theilten gestern das Gerücht mit, Baiern und Hannover hätten bereits in London angezeigt, daß sie einem Reichsoberhaupte sich nicht unterordnen, sondern vorziehen würden, wie Oesterreich in ein bloß völkerrechtliches Bundesverhältniß mit dem übrigen Deutschland zu treten. Was wir seitdem hierüber erfahren konnten, dient nur zur Bestätigung dieses Gerüchts. Hier hätten wir also die ersten Erklärungen, sich von dem Vaterlande abschneiden zu wollen, wenn nicht die Verfassungsbestimmungen nach Wunsch ausfallen. Daß Oesterreich sich in einer Sonderlage befindet, in welcher man ihm diese freie Wahl lassen muß, ist nicht zu bestreiten. Aber Hannover und Baiern haben keinerlei Entschuldigung, wenn die Anklage sie trifft, daß sie in der großen Stunde der Wiedergeburt dem Vaterlande den Rücken wenden. Solche Erklärungen, wenn in der That erfolgt, wären um so schmählicher, als sie einer auswärtigen Regierung gemacht wären. Wozu in London solche Erklärungen abgeben? Will man etwa von außen gestützt sein gegen das eigene gemeinsame Vaterland? Man weiß nicht, welchem Gefühle, ob dem Zorn oder der Scham man den Vorrang lassen soll. Aber in wessen Namen, fragen wir, sind solche Erklärungen abgegeben? Im Namen des Baierischen, im Namen des Hannöverschen Volkes? Sind diese beiden Volksstämme gewillt, lieber sich von der Deutschen Einheit auszuschließen, damit nur nicht ihre Regenten sich einer mißliebigen Verfassungsbestimmung unterwerfen müssen? Oder sind etwa solche Erklärungen bloß von den Fürsten persönlich gemacht; gemacht selbst mit Umgehung der Minister? Dann ist es Pflicht dieser Minister, bei solchen Fürsten ihre Entlassung zu nehmen, denn konstitutionelle Minister wären sie dann nicht (und ist das vielleicht der Grund, aus welchem Lerchenfeld abgetreten?). Sind aber solche Erklärungen im Einverständnisse mit den Ministern und durch die Minister geschehen, dann mögen die Volksstämme durch ihre Vertreter, die nun gerade sich versammeln, Rechenschaft von ihnen fordern. (O P. A. Z.)

— Wie wir vernehmen, ist Herr v. Gagern mit Herrn v. Lerchenfeld, der sich gegenwärtig hier befindet, in Unterhandlung wegen Uebernahme des Portefeuille des Reichsministeriums des Innern. Es soll dies schon seit Herrn v. Lerchenfeld's Austritt aus dem Baierischen Ministerium Herrn v. Gagern's Absicht gewesen sein, und er nur haben abwarten wollen, bis die Nationalversammlung über sein Programm, und also über sein eigenes Ministerium werde entschieden haben. (O. P. Z.)

— Den von der provisorischen Centralgewalt als Gesandten nach Paris geschickten, aber bekanntlich vor einigen Tagen nach Frankfurt zurückgekehrten Abgeordneten Fr. v. Raumer hatte man, wie ein Privatschreiben aus Frankfurt meldet, das der Nürnberger Correspondent mittheilt, wegen seiner Anerkennung bis nach der Präsidentenwahl vertröstet; sein Warten war jedoch vergeblich. In Paris, sagt dieses Privatschreiben, hoffe man, daß Oesterreich und Preußen in Zwiespalt gerathen würden und Baiern sich nöthigenfalls an Frankreich werde anschließen wollen. Man berufe sich dort auf die Verträge von 1815 und weise darauf hin, daß die Rheinprovinzen nur dem Staatenbunde, wie er sich damals constituirt habe, überlassen worden seien, die man, wenn ein Bundesstaat sich bilde, zurücknehmen werde!

Frankfurt a. M., den 7. Jan. Ueber die wahrscheinlichen Beschlüsse des Oesterreichischen Ausschusses vernimmt man, daß er dem Gagern'schen Programme allerdings nicht beitreten, aber Gagern auch nicht zum Rückzuge drängen wird, und dahin vermittelnd wird sich auch die Majorität der Nationalversammlung aussprechen. Die Oesterreichischen Abgeordneten versammelten sich gestern Abend. — In einer Sitzung des Bürgervereins, in welcher die Oberhauptsfrage debattirt wurde, sprach sich die ganze Versammlung dafür aus, daß Preußen an die Spitze von Deutschland treten müsse.

Bamberg, den 3. Januar. Wie vielfach verlautet, soll auf Anordnung der Centralgewalt neben andern auch ein Bayerisches Armeecorps am Rhein aufgestellt werden Wie es heißt, wird auch ein Theil der hiesigen Garnison dahin ausmarschiren; nach einer andern Version aber sollen diese Truppen nach Schleswig-Holstein bestimmt sein.

Karlsruhe, den 6. Januar. Mit großer Spannung sieht man den politischen Prozessen entgegen, deren lange Reihe demnächst mit der Aburtheilung über das Hecker'sche Attentat eröffnet werden wird. Es folgt dann die Ficklersche Angelegenheit und den Beschluß macht der Struve'sche Freischaarenzug. Die allgemeine Meinung neigt sich dahin, daß die Regierung, im Gefühl ihrer Stärke, die zu erwartenden verdammenden Urtheile nicht in Ausführung bringen, sondern den Betheiligten die Auswanderung nach Amerika gestatten möge Man muß gestehen, ein politischer Verbrecher hat in unserer Zeit unermeßliche Chancen. Entweder gelingt sein Unternehmen, und dann ist er kein politischer Verbrecher, sondern ein großer Mann und ein Held und wird Präsident oder Minister, oder es gelingt nicht, dann hat er, wenn die Geschwornen ihn nicht freisprechen, die sichere Aussicht, einer der Amnestieen theilhaftig zu werden, die in unserer übermilden Zeit alle Vierteljahr befürwortet zu werden pflegen, und kann mit Nächstem wieder von vorn anfangen. (D. R.)

— Ich kann übrigens nicht schließen, ohne Sie auf die Erscheinung besonders aufmerksam zu machen, daß, während sonst gerade in Baden die Antipathieen gegen Preußen und das, was man als Preußische Anmaßung und Hegemoniegelüste betrachtete, am stärksten von ganz Süddeutschland ausgeprägt waren, gegenwärtig vorzugsweise in Baden sich die Stimmung für die Uebertragung eines erblichen Kaiserthums an die Krone Preußen ausspricht. Der vaterländische Verein in Karlsruhe hat mit einer dahin zielenden Erklärung die Initiative ergriffen und bereits sind aus mehreren Wahlbezirken — ich nenne darunter den von Mittermaier vertretenen Wahlbezirk von Rastatt und Baden — ähnlich lautende Adressen an die National-Versammlung abgegangen. Welch ein Umschwung giebt sich auch darin kund! Vor einem halben Jahre die Republik, und jetzt ein erbliches Kaiserthum des Hauses Hohenzollern!

Mannheim, den 6. Januar. Abermals ist der „Deutsche Zuschauer" in andere Hände gekommen, und zwar in die seines ehemaligen Besitzers, Buchhändlers Hoff. Einige Monate wird er jedoch nicht erscheinen und, soviel man uns mittheilt, erst mit dem 1. April wieder ins Leben treten. — Man spricht hier allgemein davon, daß Frau v. Struve sich auf freiem Fuß befinde, und schon seit mehreren Tage wurde sie erwartet; doch haben wir von Freiburg aus noch keine sicheren Nachrichten darüber erhalten. Die Sitzungen der Geschwornen werden nächste Woche beginnen; man sieht nicht ohne Spannung den Entscheidungen entgegen. Todesurtheile werden allem Anscheine nach keine ausgesprochen. — Seit mehreren Tagen hört man hier von der Unzufriedenheit der Soldaten, welchen die Löhnung zu gering ist; der Soldat hat bei uns nach Abzug seines Menagegeldes noch zwei Kreuzer übrig. Freilich nicht sehr viel. Bei der vom Großh. Kriegsministerium vorgeschlagenen Sold-Erhöhung würde der Soldat drei Kr. statt zwei Kr. erhalten.

Wien, den 6. Jan. Vergangene Nacht traf der Courier aus Pesth ein, welcher die Nachricht von dem vorgestern erfolgten Einrücken unserer Truppen meldete. Die Pesther Bürger nahmen die Truppen als Befreier mit Jubel auf. Die Kossuthischen Fanatiker sind, mit dem Anhang der Wiener Aula, entflohen. Diese Nachrichten machen hier einen ungeheuren Eindruck.

— Am Freitag hat ein Mitwisser der Mörder des Grafen Latour, als er sich den Tode nahe fühlte, den Hauptthäter bei dieser schrecklichen Action gerichtlich angezeigt. Es ist ein Schmiedegeselle, der sogleich eingezogen wurde. Dieß wird den Prozeß der in dieser Untersuchung bereits Eingezogenen beschleunigen und hoffentlich weiteres Licht über die Leiter dieser Greuelthat verbreiten.

Wien, den 7. Jan. (Schles. Ztg.) Gestern Abend fand im Kärnthnerthor-Theater ein tumultuarischer Auftritt, jedoch ohne alle politische Bedeutung, statt. Man gab die oft und gern gesehene Oper Martha. Die Anfangsstunde war schon überschritten und das Publikum ungeduldig geworden: da trat der Regisseur Just hervor und kündigte an, man sei verhindert, die Oper zu geben, man möge das Entree an der Kasse zurück verlangen oder sich der Billete zur nächsten Vorstellung bedienen. Diese Erklärung wurde mit Zi-

schen und Pochen aufgenommen, weil kein Verhinderungsgrund angegeben ward. Da ging der Vorhang noch einmal auf und Staudigl mit Fräulein Zerr traten vor, der erstere erklärend, daß die Vorstellung durch das Nichterscheinen des — erkrankten Sängers Erl behindert sei. — Sie haben mir versprochen, rief Fräul. Zerr vorwurfsvoll Herrn Staudigl auf der Bühne zu, „keinen Namen zu nennen." — Nun brach eine förmliche Katzenmusik im Theater los und der Sturm beschwichtigte sich erst dann, als Ander im Mantel hervortrat und sich bereit erklärte, Erl's Rolle zu übernehmen. Jetzt wurde die Oper um eine Stunde später gegeben. Erl soll sich auf einer Schlittenfahrt verspätet haben. — Den Hutmachern ist der Verkauf aller mit Federn und lackirten Bändern geschmückten Hüte untersagt worden. — Die öffentlich gemeldete Nachricht, unser junge Kaiser werde sich mit der Prinzessin Amalie von Sachsen-Weimar, Tochter des Herzogs Bernhard von Weimar (im gleichen Alter mit dem Kaiser) vermählen, wird bezweifelt, da man wissen will, daß diesfällige Vermählungspläne überhaupt vorerst vertagt worden seien. — Nach den neuesten Nachrichten sah man der Prorogation des Reichstags aus dem Grunde entgegen, weil bereits Croatien und Siebenbürgen und ein großer Theil der Ungarn selbst das Verlangen geäußert hätten, an demselben repräsentirt zu werden, und somit der Reichstag gerade in seinen wichtigsten Aufgaben unvollständig erscheinen würde.

— Die Truppen fanden bei Pesth so große Verschanzungen, daß deren Vertheidigung, so kostspielig sie auch gewesen sind, den Ungarn rein unmöglich war. Aus dem Umstande, daß sich Kossuth's beste Truppen in Süd-Ungarn befinden und tüchtig schlagen, geht unwiderleglich hervor, daß der Agitator sich den Weg übers Banat nach Türkisch-Bosnien sichern und frei halten will. Zu bedauern ist, daß dem Reste seiner treuesten Anhänger erst in dem gedachten letzten Augenblicke die Augen aufgehen werden. — So scheint also der Ungarische Krieg um Lichtmeß herum enden zu wollen; es scheint ferner, daß Oberstlieutenant Frischeisen dem Cadre des K. K. Feldmarschalls Grafen Wrbna zugetheilt und nach Komorn datachirt werden wird, während Feldzeugmeister Graf Nugent, jetzt nach der Einnahme von Budapest, vielleicht die Weisung erhalten dürfte, eine Diversion gegen Essek und weiter hinab zu machen, um den bedrängten Serben in Ungarn zu Hülfe zu eilen. (Schles. Z.)

Von der Save, den 31. Dec. Erschütternd wirkt die Trauerkunde von des Wojwoden Tode, die sich mit Blitzeseile längs der Save verbreitet. Die Serbische Nation hat in dem Ehrenmanne ein wahrhaft väterlich gesinntes Oberhaupt und einen talentvollen, erfahrenen Feldherrn verloren. Das Plötzliche seiner Todesart und deren Symptome geben zu der Vermuthung — Magyarisches Gift sei hier mit im Spiele gewesen — sehr gegründete Veranlassung. — Das Alibunarer Lager soll in diesen Tagen von den Serben wieder erobert worden sein. Dessen ungeachtet stehen unsere Sachen im Banat noch immer nicht gut. Die Magyaren haben in den Serbischen Dörfern ärger als die Hunnen gewüthet. In Tomasowac ging's am schlimmsten her. Von den beinahe dreihundert Serbischen Häusern ist im buchstäblichen Sinne des Worts kein Stein auf dem andern geblieben; die Serbische Kirche wurde auf das schändlichste profanisirt und die Kaiserlichen Adler von den gleichfalls in Brand gesteckten Aerarialgebäuden arg beschimpft. Nur zehn Gebäude, welche von Deutschen bewohnt waren, hatten die magyarischen Mordbrenner unversehrt gelassen, weil ihnen deren Bewohner als Spione gedient. Die fliehenden unglücklichen Einwohner aber warfen aus Verzweiflung und Rache auch in diese Feuer. Aus Peterwardein geschehen noch immer Angriffe auf die Serbischen Vorposten bei Karlowic. (C. Bl.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 6. Januar. Im vorgestrigen Ministerrathe wurde die Reise des Präsidenten der Republik in die Departements definitiv beschlossen. Er will unter anderen Berdeaux, Toulouse, Marseille und Lyon besuchen. — Marschall Bugeaud und Cavaignac sollen sich gänzlich überworfen haben. — Als Hauptursache der Veruneinigung zwischen L. Napolon und Malleville gibt die „Liberté" an, daß ersterer, da der Ministerrath sich der Amnestie widersetzte, beantragt habe, man möge wenigstens die 78 Frauenspersonen freilassen, welche durch Gatten, Brüder ꝛc. verleitet worden seien; diesem Antrage habe Malleville seine Zustimmung verweigert. Andererseits heißt es, daß gewisse den Vorfall von Boulogne betreffende Papiere verschwunden seien, und der Repräsentant Sarrut erklärt heute in der „Liberté", daß einige auf jenen Vorfall bezügliche Actenhefte aus ihrem Aufbewahrungsorte weggenommen worden seien, und daß, falls sie jetzt wieder an Ort und Stelle sich befinden sollten, dies erst seit dem Tage der Fall sein könnte, an welchem Hr. de Malleville sein Amt als Minister des Innern niedergelegt habe.

— Die „Patrie" glaubt, trotz der Ernennung des Herrn Lagrénée zum Bevollmächtigten Frankreichs bei den Brüsseler Conferenzen, nicht an das Zustandekommen derselben und sagt: Hr. Lagrénée soll in nächster Zeit nach Brüssel abreisen und hat Befehl, die Unterhandlungen zu beginnen. Toscana hat ebenfalls einen Bevollmächtigten ernannt, Hrn. Radice, aber dennoch glauben wir nicht, daß der Congreß zu etwas führen werde. Oesterreich will ihn weniger als je. Die Abreise des Herrn v. Colloredo, der anfänglich die Verhandlungen in Brüssel führen sollte, ist verschoben. Sardinien rüstet offen zum Kriege, während der Feldmarschall Radetzki die Abgeordneten der Lombardei zurückbeordert und widrigenfalls ihre Güter zu konfisciren droht. Man sieht also, daß die beiden am meisten interessirten Mächte nicht an den Erfolg einer Vermittelung glauben. Auch die „Presse" kann nicht einsehen, zu welchem praktischen Ziele eine Vermittelung, die sich von vorn herein auf eine falsche Basis gestellt, jetzt, wo die Verhältnisse weit verwickelter und die Ansprüche auf beiden Seiten größer geworden, führen solle.

— Im Justizausschuß gab Jouin's Antrag auf Abschaffung der Gesetze vom 10. April 1832 und 26. Mai 1848 (rücksichtlich der Verbannung der ehemaligen Herrscher Frankreichs) zu stürmischer Debatte Veranlassung. Emil Leroux, Cremieux, Debruel u. s. w. vertheidigten den Antrag, weil weil man aller Welt die Thore der Republik öffnen müsse (und wohl auch aus andern Gründen), während ihn Detours als gefährlich schilderte. Leroux hat den Bericht zu erstatten.

Großbritanien und Irland.

London, den 6. Januar. Die Deutschen Auswanderer, welche um die Mitte Novembers auf dem von Bremen nach New-York bestimmten Schiffe „Atlantic" Schiffbruch litten und seitdem in Margate und London anständig verpflegt wurden, wofür die Hamburger Eigenthümer des gestrandeten Schiffes bezahlten, sind jetzt auf einem anderen Schiffe, nachdem man sie wieder mit dem Nöthigsten versorgt hatte, nach New-York abgegangen, wo bei der Ankunft eine in Hamburg subscribirte Summe unter sie vertheilt werden soll. — Nach dem „Friend of India" hat man zu Calcutta eine Sikhs-Verschwörung entdeckt, welche nichts geringeres bezweckte, als die Briten umzubringen, den Schatz wegzunehmen und die Hauptstadt des Britischen Indiens militairisch zu besetzen. Das unsinnige Complott wurde durch die Treue eines Offiziers und mehrerer Soldaten des 16. eingebornen Grenadier Regiments, welche zum Scheine an der Verschwörung Theil genommen hatten, den Britischen Behörden entdeckt, welche sofort eine Anzahl Verhaftungen vornehmen ließen. Der Agent der Königin Mutter zu Lahore wurde festgenommen, aber alsbald wegen mangelnder Beweise freigelassen. Es soll gewiß sein, daß die Verschwörer auf Beistand von Nepaul aus rechneten, wo der Rajah seit Kurzem ein Beobachtungsheer an der Gränze zusammengezogen hatte. Lord Dalhousie wollte unverzüglich vom Rajah Erläuterungen über sein Verhalten fordern.

— Die „Times" bestätigt in ihrer Correspondenz von Bombay die Nachricht, daß die Britische Regierung fest beschlossen habe, das Pendshab ohne Weiteres ihren weitläufigen Indischen Besitzungen einzuverleiben. An Widerstand von Seiten der Eingeborenen ist kaum mehr zu denken.

— Briefe aus Neuyork besagen, daß die Masse des Goldes, mit welcher in Folge der in Californien gemachten Entdeckungen die Vereinigten Staaten jetzt schon überschwemmt sind, den Werth des Goldes so bedeutend herabdrückt, daß derselbe um 10 pCt. gesunken ist.

Niederlande.

Aus dem Haag, den 31. December. Die eigenthümlichen Erdbeben in Nordbrabant währen noch fort; namentlich haben sie sich in den letzten Tagen regelmäßig Tag für Tag in den Gemeinden Vegchel und St. Oudenrode bemerkbar gemacht. In Vegchel ist das Mauerwerk am Schulhause und an einem großen Gebäude eingestürzt, und bei Gelegenheit einer nächtlichen Erschütterung haben sich alle Eingesessenen aus dem Orte geflüchtet. Ein donnerartiges Geräusch pflegt dem Erdbeben unmittelbar vorauszugehn.

— Nach dem katholischen Handbuch für 1849 zählte Niederland am 1. Januar 1847 1,171,910 Katholiken, 1,834,513 Akatholiken, 55,800 Israeliten. Die Bevölkerung der auswärtigen Besitzungen betrug circa $15\frac{1}{2}$ Millionen Seelen, worunter 70,000 Christen: von diesen waren 31,000 Katholiken. Die Seelsorge für die Niederländischen Katholiken ist 1471 Geistlichen in Europa, und 29 in den überseeischen Besitzungen anvertraut.

Schweiz.

Waadt. Man wird sich erinnern, daß voriges Jahr das Gerücht auftauchte, der ehemalige König von Baiern werde sich in die Schweiz zur Gräfin von Landsfeld zurückziehen Dieses Gerücht scheint nicht ganz grundlos gewesen zu sein. Der Buchdrucker und Verleger Desoche in Nyon kündigt nämlich ein „Lola Montez" betiteltes Werk von August Papon an, das, in den ersten 14 Tagen dieses Jahres erscheinend, Memoiren, noch nicht herausgegebene Briefe des Exkönigs von Bayern und der Lola Montez, das Facsimile von beiden (letztere vom 4. Dezbr. 1848), bisher ungedruckte Gedichte und die Bildnisse beider Personen nach den dem Verfasser von ihnen selbst dargebotenen Originalien enthalten soll.

Italien.

Rom, den 28. Januar. Fast komisch klingt ein Aufruf des Kriegsministers Campello: alle Offizierstellen in den auszuhebenden Truppen seien jetzt besetzt (Beweis davon die Menge der mannigfaltigsten Uniformen, welche täglich den Corso herumstolziren!), aber bei der großen Abneigung des Volkes gegen den Kriegsdienst fehle es an Soldaten. Er wende sich vertrauensvoll an den Patriotismus der Römer; auch der Kriegsdienst sei ein ehrenvolles Gewerbe, und nur durch die Waffen sei Italiens Freiheit zu erringen (die übrigens dem geringen Volke sehr wenig am Herzen liegt). Es wird sodann die Dienstzeit auf nur 2 Jahre festgesetzt; doch würden auch solche angenommen, die sich nur (!) bis zum Ende des Unabhängigkeitskrieges verpflichteten. Wer 10 Mann Rekruten bringt, erhält 10 Skudi Prämie, wer 20, wird Korporal; wer 40, Sergeant; wer 100, Lieutenant!

Rom, den 29. Dec. Die Krisis geht langsam, aber wie es scheint um so gründlicher vor sich. Sterbini soll eine heftige Demonstration des öffentlichen Unwillens zu erwarten haben, welche sich aus dem Schooß des Circolo romano heraus vorbereitet hat. Seine letzte Drohung, an die Volksleidenschaften zu appelliren, scheint vielen die Augen geöffnet zu haben, und die Kammer sieht nachgerade ein, daß sie sich unter dem Einfluß einer Tyrannei befindet, die ihr das freie Handeln noch weit weniger gestattet, als bei dem engherzigsten Reaktionssystem möglich wäre. Es erheben sich daher laute Stimmen nach Freiheit und diesen antwortet draußen die Civica mit einem wohl vernehmbarem Echo, da auch sie sich mißbraucht und bei mehr als einer Gelegenheit hinters Licht geführt sieht. Nicle sollen sogar den allerdings sehr lästigen Wachtdienst verweigert haben. — Das Breve des Papstes hat kein einziges der hiesigen Blätter abzudrucken gewagt. Dieses Aktenstück ist daher immer noch sehr wenig verbreitet, und diejenigen welche es besitzen verläugnen es zum Theil wie zur Zeit der Colonialsperre Zucker und Kaffee. — Nachschrift. Ein Flugblatt weist bereits auf die reaktionäre Thätigkeit einer „Camarilla nera" hin, welche sich aus den Deputirten zusammengezogen und den Sturz des Ministeriums sammt der Giunta beschlossen habe. Demnach würden wir ein von dem Ferrareser Abgeordneten Meier präsidirtes Ministerium zu erwarten haben, welches nichts eiligeres zu thun hätte, als die Rückkehr des Papstes mit den geeigneten Mitteln zu betreiben. (A. Z.)

Mailand, den 29. Decbr. Den neuesten Berichten aus China zufolge, ist die diesjährige Ausbeute an Seide dort sehr mittelmäßig gewesen, so daß Europa von dort im gegenwärtigen Handelsjahre höchstens 6000 Ballen Seide zu erwarten hat, während es im Jahre 1818 etwa 13,500 Ballen von China erhielt. Diese Nachricht kam den Britischen Fabrikanten, welche das Chinesische Produkt massenhaft verwenden, ganz ungelegen und trug nicht wenig dazu bei, den Begehr nach Italienischer Seide zu steigern, welcher in London bereits ansehnliche Geschäfte hervorrief. Dies, so wie die, in den Französischen Fabriken sich kundgebende Thätigkeit wirkte auch auf den hiesigen Markt günstig ein, wo in den letzten 14 Tagen, in Folge der erhaltenen Bestellungen, etwa 240,000 Pfd. Seide verkauft wurden, während die Sendungen nach London und Frankreich fortdauern und auch für die Rheingegenden mehrere Aufträge vollzogen wurden.

Rußland und Polen.

Warschau, den 26. December. Nach glaubwürdigen Nachrichten aus verschiedenen Theilen Rußlands, welche in der Hauptsache übereinstimmen und nur in der Angabe wesentlicher Nebenumstände von einander abweichen, wäre seit Wintersanfang in den östlichen und südlichen Gouvernements des großen Kaiserreichs ein Zustand obwaltend, den man, wenn auch nicht offen revolutionair, doch in politischer Beziehung jedenfalls sehr bedenklich nennen dürfte. Namentlich in den Gouvernements Wjätka, Kasan, Simbirsk und Pensa sollen bewaffnete Bauerhorden oft 5—6000 Mann stark, plündernd, sengend, mordend das Land durchziehen und selbst in Kasan, einer Stadt von 60,000 Seelen mehrere Häuser in Brand gesteckt haben. Bestätigen sich diese Nachrichten, so könnte man denselben gewichtige Folgerungen entnehmen und die vorbemerkten Thatsachen vielleicht als die ersten Symptome einer möglichen Erhebung der Leibeignen im Königreiche Kasan, wo nicht in einem weitern Umkreise, betrachten.

Türkei.

Konstantinopel, den 23. December. Die von den Türkischen, Persischen, Englischen und Russischen Regierungen ernannte Kommission zur Feststellung der Türkisch-Persischen Grenze ist im Begriff, ihre Arbeiten zu beginnen, und ein Theil derselben hat bereits die Reise nach Bagdad angetreten, um sich von dort nach ihrem Bestimmungsorte zu begeben.

Das neue Handelsgesetzbuch, welches in Türkischer, Armenischer, Griechischer und Französischer Sprache erscheint, ist unter der Presse und wird in den nächsten Tagen ausgeben werden.

Im Marmorameere hat ein heftiger Südwestwind gegen 30 Schiffe während der Nacht gegen die Küste geworfen, und fast alle sind zerschellt. Das von Salonichi angekommene Dampfboot hat die Nachricht von einer im Frankenquartier ausgebrochenen Feuersbrunst hierher gebracht. Beim Abgange des Schiffes wehte ein heftiger Nordwind, welcher befürchten ließ, daß die Stadt viel durch den Brand leiden würde, da in der Nähe des Feuers die Viktualienmagazine befindlich sind.

Griechenland.

Athen, den 24. December. Der in außerordentlicher Mission hier angekommene Deutsche Reichsgesandte Fürst Hohenlohe verweilt noch unter uns, wird sich aber dem Vernehmen nach in einigen Tagen nach Smyrna und Jerusalem begeben. Fürst Hohenlohe wurde am Tage seiner Ankunft in Athen am Griechischen Hofe empfangen und den darauf folgenden Tag zur k. Tafel geladen, an welcher außer den Ministern Sr. Majestät des Königs das ganze diplomatische Corps Theil nahm. In demselben Maße als der Griechische Hof dem Gesandten der Deutschen Reichsgewalt seine Aufmerksamkeit an den Tag legte, bemühten sich die Gesandten Oestreichs, Preußen und Baierns die wenigen Tage des hiesigen Aufenthalts dem Fürsten angenehm zu machen. Selbst ein sein Jahren in Athen bestehender Deutscher Bürgerverein legte dem Deutschen Gesandten seine Sympathien an den Tag, indem derselbe zuerst eine Abordnung aus seiner Mitte absendete, um ihn zu begrüßen, und dann eine musikalische Abendunterhaltung anordnete, welcher beizuwohnen der Fürst so freundlich war. Der Englische Gesandte, Sir Edmund Lyons, hatte die große Aufmerksamkeit für Fürst Hohenlohe, daß er demselben das im Hafen von Piräeus immer zur eigenen Disposition stehende Dampfschiff zur Reise nach Smyrna oder Aegypten anbot. —

Aegypten.

Alexandria, den 19. Dezbr. Abas Pascha hatte beschlossen, am 14. l. M. Kairo zu verlassen, um sich über Alexandria behufs der Belehnung nach Konstantinopel zu begeben; allein die Ausrüstung dieser Expedition erforderte mehr Zeit als man voraussehen konnte, so daß der Statthalter erst heute Nachmittag um $4\frac{1}{2}$ Uhr in hiesiger Stadt eingezogen ist. Bei dem ersten Donner der Kanonen, der seine Ankunft verkündete, schlossen sich wie durch einen elektrischen Schlag die Kaufläden; die Consulte hißten ihre Flaggen auf und die ganze Stadt erschien im Festgewande; aus allen Quartieren strömten im buntesten Gemenge die Neugierigen aller Orientalischen und Europäischen Nationen in die Hauptstraße, welche von der alten Bibliothek der Ptolemäer nach dem auf der die beiden Häfen trennenden

Landzunge liegenden Residenzschlosse Ras-et-tyn führt. Bald darauf erschien Se. Hoheit mit Said und Scherif Pascha im Galawagen, der mit sechs stolzen Hengsten bespannt und von einer Menge von Läufern und berittenen Trabanten umgeben war; an eine Reihe von Wagen mit den Großen des Reichs schlossen sich die Europäer an. Nachdem der Zug, der sich zwischen einem auf der einen Seite von den Truppen, auf der andern von der dichtgedrängten Menge in den verschiedensten Orientalischen Costümen gebildeten Spaliere bewegte, im Schloßhofe angelangt, brachten die Häupter der Militair- und Civilbehörden ihre Huldigungen dar, und darauf nahm Se. Hoheit im großen Empfangsaale die Bewillkommnungen der Europäer entgegen. Das Antlitz des Pascha strahlte vor Freude über den in Alexandrien ihm bereiteten Empfang, und Niemand in Aegypten erinnert sich je einen so zahlreichen, glänzenden und zugleich von einer im ernsten Orient ungewöhnlichen Heiterkeit belebten Aufzug gesehen zu haben. Der vorzüglichste Begleiter Sr. Hoheit nach Konstantinopel ist der mit dem Ministerium der Finanzen betraute Scherif Pascha, welcher mit Maslun Bey schon vor drei Tagen hier angelangt, um die Anstalten zur alsbaldigen Abreise zu betreiben. Im Gefolge Sr. Hoheit befinden sich mehrere Beys, worunter der in unserm Vaterlande rühmlichst bekannte und von allen Fremden verehrte Dr. Prunner, Leibarzt des Pascha, welcher denselben zum Bay erhoben hat. Dieses Gefolge ist bereits auf mehr als 100 Personen angewachsen. Da Abas Pascha in Arabien und zwar in Yeddon geboren und in Kairo auferzogen worden, so ist man nicht ohne Besorgniß über die klimatische Einwirkung auf diese, obgleich sehr starke Complexion. Darum wird der Aufenthalt in Konstantinopel möglichst abgekürzt werden. Dadurch, daß er die von Ibrahim Pascha ausgehobenen Recruten freigegeben und die Absicht zeigt, die Armee bedeutend zu reduziren, sowie durch Aufhebung des Ferde (Kopfsteuer), das besonders die ärmere Klasse drückte, hat er sich bei der hiesigen Bevölkerung sehr eingeschmeichelt. Während der 70tägigen Verwaltung Ibrahims sind zwei für Aegyptens Wohlstand sehr bedeutende Industriezweige aufgekommen. Der Russische Bergmann, Kovalevsky nämlich hat im Sennaar goldführenden Sand aufgefunden, der den Sibirischen an Goldgehalt übertrifft; und Nottingen, ein Elsäßer, hat nach dreijährigen Bemühungen in Oberägypten mehrere mächtige Steinkohlenlager aufgedeckt, welche ein Brennmaterial von der besten Gattung liefern. Mehemed Ali pflegte zu sagen, eine Steinkohlengrube würde ihm lieber und nützlicher sein als ein Goldbergwerk, und sicherte dem Auffinder der Kohlen eine Prämie von 60,000 Thalern. Schade daß der alte geistig zerrüttete Mann diese Nachricht, die er so sehnlichst erwartete, nicht zu empfinden vermag. Durch das Dasein der Kohlen war, seiner Meinung nach, die Wohlfahrt Aegyptens bedingt. Dampfmaschinen in Oberägypten und der Nildamm im Delta sollten dazu beitragen, die Produkte des Ackerbaues um das Vierfache zu vermehren. Mit etwas wohlverstandener wahrer Gesittung würde dies auch ohne Dampf und Damm der Fall sein können. Ob auch für diese ein Tag kommen wird, ist nicht so leicht vorauszusagen.

Amerika.

New-York, den 20. Dec. Die Amerikanischen Blätter sind fortwährend mit Berichten über das Goldland Kalifornien angefüllt. Mit einer Tagesarbeit, heißt es, kann sich dort Jemand zwischen 50 und 200 Dollars erwerben. Das Klima ist gesund und nicht zu kalt. Anfangs Oktober schliefen noch die Leute unter den Bäumen, ohne Furcht, sich zu erkälten. Die Regenzeit beginnt mit dem 1. November und dauert bis zum März, obschon auf einen Regentag fünf klare folgen. Lebensmittel und Kleidung stehen jetzt sehr hoch. Die Indianer, die früher nackt gingen, ahmen jetzt die Weißen nach und geben für Kleider so viel man will. Ganz Francisco steht öde. Alle Dienerschaft und die Soldaten sind fortgelaufen. Oberst Mason muß seitdem sich sein Beefsteak selbst braten. Nach den Erzählungen des Obersten Emorez vom Ingenieur-Corps, welcher den Lauf des Gila von den Bergen Neu-Meriko's westlich verfolgte, giebt es auch in jener Richtung viel Gold. Der Fluß Prieto, der von den Bergen kommt und in den Gila fließt, ist goldbeladen. Durch einen Zufall entdeckten dies einige Biberjäger. Hiernach zu schließen, sind die Zuflüsse des Gila, die von den Bergen kommen, goldhaltig. Dieser Strich liegt 500 Englische Meilen südöstlich vom Thale des Samemento. Ein Philadelphiablatt schreibt, die Regierung habe in einem Kabinetsrath beschlossen, mehrere kleine Kriegsschiffe nach Monterey, St. Francisco und den anderen Kalifornischen Häfen zu senden, damit Europäische und Südamerikanische Schiffe das Gold nicht nach fremden Münzen ausführen, ohne die gesetzmäßige Steuer zu zahlen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Die Erläuterungen des Ministeriums der Geistlichen Angelegenheiten über die Verfassungs-Urkunde vom 5. December 1848.

Die dem Staatsanzeiger beigegebenen ministeriellen Erläuterungen, die Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde vom 5. December über Religion, Religionsgesellschaften und Unterrichtswesen betreffend, geben zu eigenthümlichen Betrachtungen Anlaß. Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir im Allgemeinen ihnen Schuld geben, daß sie ohne Einheit des Princips und daher ebenso voll Widersprüche mit der Verfassungs-Urkunde wie mit sich selbst sind. Es blickt überall durch, wie das Ministerium zwar dem Wortlaut der Verfassung nicht widersprechen, auch den gäng und gäbe gewordenen Zeitideen über die Stellung von Staat und Religion möglichst Rechnung tragen will, gleichwohl aber doch eine gewisse Scheu hat, die Rechtsgrundsätze, wie sie in der Urkunde sich darstellen, in ihrer einfachen Gestalt anzuerkennen und die Consequenzen gelten zu lassen. Daher überall das Wiedereinlenken in die früher geltend gewesene Bahn, daher der Versuch, soviel als möglich die schroffe Gestalt des Princips durch doctrinäre Bestimmungen zu mildern. Obschon die Verfassung den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntniß und der Theilnahme an irgend einer Religionsgesellschaft „unabhängig" erklärt, also damit offenbar zu erkennen gegeben ist, daß für den Zweck des Staats, die Verwirklichung von Recht, Gesetz und Sittlichkeit nicht nur jedes religiöse Bekenntniß, gleichviel welcher Art es sei, von gleicher Bedeutung, sondern überhaupt alle Religion durchaus ohne Bedeutung sei, wird doch S. 11. gesagt:

„Auch ist nicht erst nöthig, auf das tiefe Interesse hinzudeuten, welches sich für den Staat an das Bestehen der Religionsgesellschaften knüpft. Der Staat, indem er sich von den Religionsgesellschaften scheidet, kann sich nicht scheiden wollen von der Religion, sondern auch in Zukunft muß er erwarten, daß ihm aus diesem Gebiet des geistigen Lebens ein Gewinn zugehen werde, der sein eigenes Gedeihen wesentlich fördert."

Diesen Satz halten wir schlechthin im Widersprnch mit der Verfassung. Ein Staat, der in der Religion eine wesentliche Quelle seiner eignen Wohlfahrt findet, kann nicht gleichzeitig seine höchsten und letzten Zwecke für unabhängig von jedem Bekenntniß, ja von aller Religion überhaupt erklären. Aber der Widerspruch wird auch sogleich gegen das eigene Zeugniß der Behörde gerichtet. Wir meinen nicht den bald darauf folgenden Ausspruch, worin der Staat sich „indifferent gegen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften" erklärt, (S. 25.) obschon man hier einfach die Frage entgegenstellen könnte, wie diese Indifferenz bestehen könne, wenn ihm doch die Religion nicht indifferent sei, da die letztere nur in diesen Gemeinschaften in die Erscheinung tritt, oder auch die andere Frage, was das für eine Art Religion sei, von der der Staat sich nicht scheiden wolle, da eine unbestimmte inhaltslose Religion höchstens die Möglichkeit der Religion, eine religiöse Erregtheit, aber nicht die Religion ist. Wir haben vielmehr die andere Stelle im Sinne, wo der Staat geradezu als „der religiös-indifferente" bezeichnet wird (S. 31.). Damit scheint das Ministerium nur „die Indifferenz gegen alle Religion" als die künftige Staatsreligion, anzunehmen, aus der dem Staat jener Gewinn zugehen soll, der sein eigenes Gedeihen wesentlich fördert. Aber auch dem wird wieder an einer andern Stelle widersprochen und im Gegentheil bewiesen, daß es doch für den Staat unmöglich ist, sich religiös-indifferent zu erhalten. Nachdem nemlich die Schulen in Uebereinstimmung mit dem A. Landrecht als Staatsanstalten erklärt, nnd insbesondere „die Volksschule, als eine für jedes geordnete Staatsleben unentbehrliche und dem Gesammtzweck des Staats dienende Anstalt" bezeichnet worden, wird doch zugleich unumwunden der Grundsatz ausgesprochen, (S. 30.) „daß das **religiöse Leben** auch weiter als **die allein berechtigte und genügende Grundlage** der erziehenden Wirksamkeit der Volksschule angesehen und festgehalten werden müsse".

Wie nun aber der „religiös-indifferente" Staat dazu kommen soll, „das religiöse Leben" als die Basis der Staatsanstalten und insbesondere einer so wichtigen, wie die Schule, also als die Basis seiner eigenen Zukunft zu betrachten, ist schwer einzusehen. Genug, dieser Widerspruch, der offen zu Tage liegt, giebt einen klaren Beweis, daß zwar die Indifferenz des Staats gegen die Religion proclamirt wird, um den radicalen Forderungen der Zeit sich zu accommodiren, daß man aber doch auf die Consequenzen verzichtet, weil man doch bei ruhiger Ueberlegung sich gestehen muß, daß der Staat von der Religion nicht sich lossagen kann, weil sie das Leben des Volks beherrscht und allen sittlichen Erscheinungen zu Grunde liegt. Soll aber auch ferner das religiöse Leben im Volk die Basis der Volksschule sein, so versteht sich, daß die Gegensätze der Religion nicht unberücksichtigt bleiben können, weil z. B. eine christliche Gemeinde sich nicht jüdisches Wesen und umgekehrt aufdrängen lassen wird. Damit ist dann aber auch die Trennung der Volksschulen nach Confessionen als nothwendig zugestanden, und insofern in der That im Wesentlichen das Princip wieder aufgenommen, welches das Ministerium Eichhorn in Bezug auf die Leitung des Unterrichtswesens früher verfolgt hat.

In No. 6. dieser Zeitung wird von mehreren leider nicht genannten Urwählern behauptet, daß unser Deputirter bei der Berliner National-Versammlung Herr Neumann die vom Könige seinem Volke gegebene Verfassnng öffentlich im Hôtel de Bavière ein perfides Machwerk genannt. Diese abscheulichen Worte würden auf den Verstand und das Herz des Herrn Neumann eine zu große Schmach werfen, als daß nicht jeder, der denselben vertrauensvoll zum Deputirten mitgewählt, eine öffentliche Widerlegung jener Behauptung ernstlich wünschen müßte.

Niese, Militair-Oberprediger.

Marktberichte. Posen, den 10. Januar.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rtlr. 27 Sgr. 9 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. bis 9 Sgr. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rthlr. 20 Sgr. bis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 10. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles unverändert 12⅓ Rthlr.

Berlin, den 10. Januar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco 26½—27 Rthlr., p. Frühjahr 82pfd. 28½ Rthlr. Br. u. bez, 28 G. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 18—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 15 — 16½ Rtlr., p. Frühjahr 48 pfd. 15¾ Rthlr. Br. Rüböl loco 13 Rthlr. Br. u. bez., p. diesen Monat 13 à 12⅚ Rthlr. Jan./Febr. 13 Rthlr. Br., 12⅚ G. Febr./März 12⅚ Rthlr. Br., 12¾ G. März/April 12⅚ Rthlr. Br., 12¾ bz, ⅔ G. Rüböl April/Mai 12⅔ Rthlr. Br. u. bez., ⅚ G. — Spiritus loco ohne Faß 14⅚ Rthlr. verk. p. Jan. 15 Rthlr. Br., 14⅚ G. Febr. 15½ Rthlr. Br, 15¼ G. p. Frühjahr 16⅔ Rthlr. Br., 16½ Gr.

Berliner Börse.

Den 10. Januar 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	100⅞	—
Staats-Schuldscheine	3½	78⅞	78¾
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	96	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	84¼	—
Grossh. Posener »	4	96¼	—
» »	3½	81¼	—
Ostpreussische »	3½	—	90¾
Pommersche »	3½	91	90½
Kur- u. Neumärk. »	3½	—	90¾
Schlesische »	3½	—	—
» v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	91½	—
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12⅞	12¾
Disconto	—	—	4½
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	78½
» Prioritäts-	4	86½	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
» Prioritäts-	4½	93½	93½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	61	—
» » Prior. A. B.	4	85	—
» » »	5	91¾	—
Berlin-Stettiner	4	89	—
Cöln-Mindener	3½	—	78½
» Prioritäts-	4½	93	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	71
» Prioritäts-	4	86	—
» »	5	98½	98½
» » III. Serie	5	94½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	92¼
» » B.	3½	—	92½
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	49	—
Stargard-Posener	4	70½	—

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.